

Perspektiven einer Guten Industriepolitik für Europa

Als der ehemalige EU-Industriekommissar Antonio Tajani im Jahr 2010 verkündete, „Industry is at the heart of Europe and indispensable for finding solutions to the challenges of our society, today and in the future“¹, spiegelte dies eine neue Wertschätzung für Industrie und Industriepolitik wieder. Volkswirtschaften mit starker industrieller Basis hatten ihre Widerstandsfähigkeit in Zeiten der Krise bewiesen. Die seit den 1990er Jahren eingeschlagene Orientierung auf wachsende Finanzmärkte und Dienstleistungen, sowie der vorherrschende Abgesang auf die Industrie als überholter Wirtschaftszweig fanden mit der Finanzkrise ein abruptes Ende.

Zieht man heute, sechs Jahre nach dem Zitat Tajanis, eine Bilanz der bisherigen Maßnahmen und Erfolge, ist das Ergebnis deprimierend. In weiten Teilen Europas befinden wir uns weiterhin in einer Phase der De-Industrialisierung. Im Durchschnitt sinken die Industrieanteile in den Volkswirtschaften der EU. Angesichts der derzeitigen Herausforderungen von Globalisierung, Rationalisierung durch Digitalisierung und Klimawandel ist die Frage umso dringlicher, wie Re-industrialisierung gelingen könnte. Und wie Industrie und Industriepolitik gestaltet werden müssten, die nicht allein den Kapitalisten zu Gute kommt, sondern den Menschen Europas im Sinne Guter Arbeit, qualifizierter Jobs, Perspektiven für die junge Generation in den Ländern Europas dient sowie die Entwicklung technologischer Grundlagen für CO₂-neutrales Produzieren und Leben berücksichtigt. Kurzum, wir müssen eine Antwort darauf finden, was Kriterien einer ‚guten Industriepolitik‘ sind, die die Krisen Europas bewältigen kann. Einige Ansatzpunkte, die aus Sicht der IG Metall dafür zentral sind, sollen hier dargestellt werden.

Was heißt Gute Industriepolitik für die IG Metall?

Industrie ist kein Wert an sich. In Anbetracht der Wirtschaftspolitiken in vielen der derzeitigen Entwicklungsländer, die zu Lasten von Umwelt und Menschen günstige Produkte und Rohstoffe in die sogenannten Industrienationen liefern, wird deutlich, dass eine Diskussion über Industriepolitik ohne normative Grundlage kaum Sinn macht.

Für die IG Metall ist klar: Der Wert einer starken und wirtschaftlich erfolgreichen Industrie bemisst sich an ihrem gesellschaftlichen Nutzen, und das in erster Linie in Form von Guter Arbeit.

Die Industrie in Deutschland ist die Grundlage für die Beschäftigung von Millionen von Menschen. In Deutschland sind dies in vielen Fällen sichere und gerecht entlohnte, weil tarifgebundene Arbeitsplätze.

Gute Industriepolitik muss aus Sicht der IG Metall immer in erster Linie von den Beschäftigten aus gedacht werden. Ihr Erfolg muss daran gemessen werden, inwiefern sie zu einer sicheren, gerechten und selbstbestimmten Arbeitswelt beitragen kann. Der Einsatz für mehr Tarifbindung und ein Mehr an betrieblicher wie an unternehmenspolitischer Mitbestimmung und gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen ist deshalb untrennbarer Bestandteil unseres industriepolitischen Leitbilds.

Zum Konzept Guter Arbeit und eines Guten Lebens gehört jedoch auch eine Tätigkeit, der ressourcenschonend und damit nicht zu Lasten der Lebensbedingungen zukünftiger

¹ European Commission (2010): Industry for Europe - Europe for industry.
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-10-1434_en.htm?locale=en

Generationen nachgegangen werden kann. Gute Industriepolitik zeichnet sich daher für uns durch qualitatives Wachstum als Trias aus gesellschaftlichen Wohlstandszuwächsen, Guter Arbeit und ökologischer Nachhaltigkeit aus.

Ein solches Projekt, eines zukunftsorientiertem qualitativen Wachstums, kann jedoch nur erfolgreich vorangetrieben werden, wenn ein Wachstumsmodell etabliert wird, das Einkommen und gute Arbeitsplätze bei abnehmendem Ressourceneinsatz generiert. Schnell wird aber deutlich, dass die Trias wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit Zielkonflikte mit sich bringt.

Zwei Beispiele:

- Die in Deutschland vorangetriebene Energiewende ist eine große Chance auf dem Weg in Richtung klimaneutraler Energiegewinnung und Energietechnologie. Gleichzeitig belasten die damit einhergehenden Kosten Industriestandorte, die bereits jetzt starkem Wettbewerbsdruck ausgeliefert sind und gefährden so Arbeitsplätze.
- Die Digitalisierung bietet an sich enormes Investitions- und Innovationspotenzial für die Zukunft der Industrieunternehmen in Europa. Gleichzeitig laufen wir Gefahr, dadurch Rationalisierungstendenzen in den betroffenen Betrieben zu befeuern und die Beschäftigten unter weiteren Leistungsdruck zu setzen.

Diese Zielkonflikte werden nur zu lösen sein, wenn die daraus entstehenden Transformationskosten gerecht verteilt werden. Daher bedarf eine Gute Industriepolitik in erster Linie eines neu etablierten Politikverständnisses. Wir brauchen eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell und eine Renaissance eines aktiven und investiven Staates samt einer breiten und gerechten steuerlichen Finanzierungsbasis.

Ein nachhaltiges und zukunftsfestes Industriekonzept bedarf daher eines ‚neuk Keynesianischen Staatsverständnisses‘ und eines, frei von selbst gesetzten Beschränkungen wie der Schuldenbremse, fiskalpolitisch zukunftsorientiert agierenden Staates.

Re-Industrialisierung Europas durch den ‚Juncker-Plan‘?

Derzeit besteht allerdings die Sorge, dass wir in weiten Teilen Europas bald überhaupt keine industriellen Kerne mehr haben werden. Seit 2005 ist der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung nicht gestiegen, sondern im Durchschnitt der EU-28 von 16,7 Prozent auf 15,3 Prozent im Jahr 2014 gesunken. Tendenz stetig sinkend! Die europäische Industrie ist also weiter denn je von der, durch die Kommission gesetzten 20 Prozent-Zielmarke,² entfernt.

Insgesamt wird deutlich, dass es Europa an einem Gesamtkonzept und einer kohärenten Re-Industrialisierungsstrategie mangelt. Auf europäischer Ebene besitzen bis zu zehn Generaldirektionen der EU-Kommission³ entsprechende industriepolitische Zuständigkeiten und initiieren oft genug nicht abgestimmte oder zum Teil sogar gegenläufige Entscheidungen und Gesetzesvorschläge. Ob in der Legislaturperiode der derzeitigen Kommission Juncker noch wesentliche Kurskorrekturen vorgenommen werden, ist zweifelhaft. Von der eigentlich zuständigen Industriekommissarin Elżbieta Bieńkowska

² European Commission (2012): A Stronger European Industry for Growth and Economic Recovery. COM(2012) 582 final.

³ U.a. die Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROWTH), die Generaldirektion Informatik (DIGIT), die Generaldirektion Wettbewerb (COMP) und die Generaldirektion Handel (TRADE).

kamen bis heute wenig bis keine Impulse, die erkennen ließen, dass Bieńkowska das Problem überhaupt erkannt hat, geschweige denn ernsthaft angehen will. Wegweisende und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen einer Re-Industrialisierungsagenda kamen hingegen von Juncker selbst und seinem Ersten Vizepräsidenten Frans Timmermans mit dem sogenannten Europäischen Investitionsplan (auch „Juncker-Plan“ genannt).

Die dem Investitionsplan zu Grunde liegende Analyse war und ist durchaus richtig: Die Europäische Industrie braucht mehr Investitionen. Im Vergleich zum Höchststand vor der Krise 2007/2008 ist die Investitionstätigkeit in der EU um rund fünfzehn Prozent gefallen. Dies betrifft sowohl öffentliche, als auch private Investitionen. Mittels einer europäischen „Investitionsoffensive“ sollte wieder Nachfrage erzeugt, die Industrie in Europa gestärkt und weiteren Verlagerungen vorgebaut werden.

Herzstück des Juncker-Plans ist der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Auf Grundlage von 21 Mrd. € (von der Europäischen Investitionsbank und aus dem laufenden EU-Budget) sollten mittels Kreditvergabe und Ko-Finanzierung das 15-fache an Investitionen innerhalb von drei Jahren zusammenkommen.

315 Mrd. € sollen so in Infrastruktur- und Innovationsprojekte sowie KMUs fließen. Ein Jahr nach dem Inkrafttreten des EFSI zog die Kommission eine positive Zwischenbilanz: Bisher seien mehr als 100 Mrd. € Investitionen im Rahmen des EFSI getätigt worden, womit sich der EFSI im Soll befände. Ob sich die 100 Mrd. € tatsächlich aus „zusätzlichen“ Investitionen zusammensetzen, darf jedoch in Frage gestellt werden.⁴ Ein Großteil der Investitionsprojekte wäre wohl auch ohne EFSI und mit den bereitgestellten Mitteln der Europäischen Investitionsbank, der europäischen Förderprogramme oder der nationalen Förderbanken zustande gekommen. Ob man daher vom EFSI als großen Wurf sprechen kann, darf bezweifelt werden.

Vier zentrale Handlungsfelder einer europäischen Re-Industrialisierungsstrategie

1. Eine echte Investitionsoffensive und ein Ende der Austeritätspolitik

Der EFSI hat gezeigt: Ohne eine echte Investitionsoffensive mit entsprechend breiter Finanzierungsbasis werden kaum zusätzliche Investitionen generiert werden können. Die europäischen Gewerkschaften unter dem Dach des EGB haben mit einem entsprechenden Europäischen Investitionsplans⁵ bereits einen konkreten Vorschlag für Finanzierung und Ausrichtung eines solchen Investitionsprogramms geschaffen.

Wo sollen die Mittel für ein solches Investitionsprogramm herkommen? Hier werden in den verschiedenen Vorschlägen für ein europäisches Investitionsprogramm unterschiedliche Möglichkeiten zur Finanzierung genannt. Sei es über eine längst überfällige Finanzmarkttransaktionssteuer oder die Kapitalaufnahme mittels gemeinsamer Eurobonds. Eine weitere interessante Idee ist es, als Finanzierungsgrundlage für ein Investitionsprogramm die Windfall-Profits heranzuziehen, die Mitgliedsstaaten wie Deutschland derzeit erwirtschaften, weil sie sich nicht nur zinslos Geld leihen können, sondern ihnen sogar dafür noch eine Prämie gezahlt wird.⁶

⁴ G. Claeys and A. Leandro (2016): Assessing the Juncker Plan after one year. Bruegel. <http://bruegel.org/2016/05/assessing-the-juncker-plan-after-one-year>

⁵ ETUC (2013): A new path for Europe: ETUC plan for investment, sustainable growth and quality jobs. https://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/EN-A-new-path-for-europe_3.pdf

⁶ Allein durch Neuaufnahme von negativ verzinsten Staatsanleihen machte Deutschland im ersten Halbjahr 2016 1,5 Mrd. € Gewinn.

Es wäre ein guter Ausgleichsmechanismus für bestehende Handelsungleichgewichte im europäischen Binnenmarkt, wenn diese Zinsvorteile in ein Investitionsprogramm für ganz Europa eingezahlt werden würden.

Neben der nachhaltigen Finanzierung müssen bei einem solchen Investitionsprogramm zwei weitere inhaltliche Kriterien sichergestellt sein:

Erstens, im Sinne von Kohäsionspolitik brauchen wir ein Investitionsprogramm, das insbesondere auf die Länder abzielt, die es in der Wirtschaftskrise am härtesten getroffen hat. Hier müssen gezielt Investitionen in den Wiederaufbau der Industrie fließen.

Zweitens, wir brauchen ein Investitionsprogramm, das die globalen Herausforderungen und die entsprechenden Zukunftstechnologien mit denkt. Auch der EFSI weist trotz anders lautender Ankündigungen eine schlechte Bilanz auf, was die Mittelverwendung für ökologisch und sozial nachhaltige Projekte betrifft. Ein europäisches Investitionsprogramm müsste deshalb auf die wesentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft ausgerichtet sein und mittels innovativer Industrieprojekte Antworten auf diese Fragen liefern. Eines der sinnvollsten und wirtschaftlich am erfolgversprechendsten Investitionsfelder ist der Technologiebereich GreenTech, insbesondere die erneuerbaren Energien sowie nachhaltige Mobilitätskonzepte.

Nicht erst seit dem Klimagipfel in Paris wissen wir von den Notwendigkeiten eines radikalen Kurswechsels hin zu einer ressourcenschonenden und CO₂-neutralen Industrieproduktion und entsprechenden Industrieprodukten. Gerade in Europa und – weitergedacht in einer vernetzten Energieunion – haben wir hierfür enormes Potenzial. GreenTech wird eines der zentralen Zukunftsfelder für die Industrie sein. Die Europäische Industrie hat hier auf Grund ihres enormen Know-hows immer noch eine sehr gute Ausgangslage.

Doch kein Investitionsprogramm wird wirklich nachhaltig positive Wirkungen entfalten, wenn das zentrale Problem der Nachfrageschwäche in Europa nicht angegangen wird. Fehlende Absatzmärkte sind im Wesentlichen die Ursache für die ausbleibenden Investitionen in die europäischen Industriestandorte. Daher müssen in erster Linie die nationalen Schuldenbremsen sowie die Austeritätsvorgaben der europäischen ‚Economic Governance‘ als Hindernisse auf dem Weg zur Re-Industrialisierung begriffen und aus dem Weg geräumt werden.

2. Faire Handelspolitik und industrielle Schutzräume

Die Diskussion um fairen Welthandel darf nicht in erster Linie zugunsten der entwickelten Industriestaaten und zu Lasten von Entwicklungsländern geführt werden. Es ist deshalb nicht hinzunehmen, dass die Europäische Union von Entwicklungsländern fordert für den Zugang zum EU-Markt ihre Märkte umfassend für europäische Exporte zu öffnen. Mit der Folge, dass heimische Produzenten mit der überlegenen europäischen Konkurrenz nicht mithalten können. Das ist keine Form nachhaltiger Entwicklungspolitik.

Europäische Handelspolitik ist jedoch zunehmend auch in der Verantwortung, eigene Industriestandorte zu schützen. Das chinesische Preisdumping bei Stahlexporten gefährdet derzeit die gesamte europäische Stahlproduktion. Aus diesen Gründen wurde auf dem letzten industriAll Europe Kongress in einem gemeinsamen Aufruf der europäischen Industriegewerkschaften das chinesische Stahldumping kritisiert. Chinesisches Dumping ist allerdings nicht nur ein Problem der Stahlindustrie, sondern vielmehr besteht die Gefahr, dass nach und nach auch weitere Bereiche der europäischen Industrie

erfasst werden. Dass damit ganze Zukunftsbranchen gefährdet werden können, haben wir am Beispiel der Photovoltaikindustrie in Deutschland gesehen.

Man kann sich darüber streiten, wie weit man Schutzräume ausdehnen und regulieren sollte. Insbesondere exportstarke Volkswirtschaften wie Deutschland sind angewiesen auf freie Handelsräume. Unterschiedliche Branchen wären in unterschiedlicher Weise von schlechteren Handelsbeziehungen betroffen. Daher ist es aber umso notwendiger, dass wir eine offene Debatte über industrielle Schutzräume führen müssen.

Das Prinzip von „Local Content“ ist in aller Munde, wenn es darum geht, europäische Standorte durch entsprechende Vorgaben zu sichern. China schottet seine strategischen Märkte schon längst vor ausländischen Produzenten ab. Nach wie vor gilt für die US-Bundesbehörden bei staatlichen Beschaffungen die „Buy American“-Verpflichtung.

Ob ein „Buy European“-Prinzip die Antwort darauf sein sollte, ist fraglich. Eher sollte der lokale Bezug aus diesem Konzept herausgenommen und statt von „Local Content“ von „Good Content“ gesprochen werden.

Was bedeutet Good Content? Internationaler Wettbewerb wird nur dann fair und gerecht sein, wenn sowohl die ökologischen Kosten addiert, als auch die Lohn- und Arbeitsschutzkosten, Sozialabgaben und Steuern aus der Kostengleichung subtrahiert werden. Good Content hieße also Handel nicht nach dem „billiger-Wettbewerb“ zu Lasten von Beschäftigten und Umwelt zu betreiben.

Ein Leitbild nach dem wir unsere europäischen Handelsabkommen und WTO-Abkommen inhaltlich ausrichten sollten, um dem zerstörerischen Unterbietungswettbewerb globalisierten Welthandels entgegen zu wirken. In Anbetracht von TTIP und CETA, scheint die europäische Handelspolitik derzeit noch meilenweit von einem solchen Anspruch entfernt zu sein.

3. Eine neue Binnenmarktpolitik im Zusammenspiel mit mitgliedstaatlicher Industriepolitik

Der Kern der Europäischen Union ist der gemeinsame Binnenmarkt. Hier hat die EU durch positive und negative Integration die stärksten Handlungskompetenzen gewonnen. Grundprinzip des gemeinsamen Binnenmarktes ist die Vermeidung jeglicher Art von Wettbewerbsverzerrung [distortion of competition] durch die Politik der Mitgliedsstaaten. Dieses Prinzip liegt natürlich quer zum traditionellen Verständnis nationaler Industriepolitik, liegt doch in jeder industriepolitischen Maßnahme das Potenzial, bestimmte Unternehmen (differenziert nach Branche oder Region) von den daraus resultierenden Vorteilen ein- bzw. auszuschließen. Je weiter Harmonisierung und gemeinsame Standards des gemeinsamen Binnenmarkts vorangeschritten sind, desto mehr haben sich nationale horizontale wie vertikale industriepolitische Spielräume verkleinert. Es gibt also heute auf der Ebene der Mitgliedsstaaten nur noch die Möglichkeiten in Europa, in horizontalen Dimensionen industriepolitische Maßnahmen zur Infrastruktur-, Innovations- und KMU-Förderung zu entwickeln. Sektorale oder spezifische industriepolitische Maßnahmen spielen auf europäischer Ebene – zurzeit – fast keine Rolle mehr.

In Papieren und Verlautbarungen der Verantwortlichen in den europäischen Institutionen gewinnt man recht schnell den Eindruck, der Binnenmarkt sei Zweck an sich und das Dogma der Binnenmarkt-Neutralität nicht zu hinterfragen. Das ist beides nicht der Fall.

Wir brauchen daher eine Diskussion darüber, wie das Verhältnis von Mitgliedsstaaten und europäischen Binnenmarkt so gestaltet werden kann, dass industriepolitische Maßnahmen ‚von unten‘ möglich sind.

Denn aus den zahlreichen Spielarten von industriellen Beziehungen und daraus resultierenden Produktions- und Innovationstypen ergibt sich die Anforderung, einer subsidiären Industriepolitik, die die regionalen und branchenspezifischen Notwendigkeiten nicht aus den Augen verliert. Weder ein neutraler Binnenmarkt noch eine zentralisierte europäische Industriepolitik können das leisten. Dazu braucht es Spielräume für fiskalische und regulative Maßnahmen der Mitgliedsstaaten, die nicht durch stete Androhung von Vertragsverletzungsverfahren von der Kommission bereits in der Planungsphase einkassiert werden.

4. Re-Kollektivierung industrieller Beziehungen

Hall und Soskice haben in ihrem wegweisenden Sammelband „Varieties of Capitalism“⁷ aufgezeigt, warum und wie kollektive industrielle Beziehungen für die industrielle Produktion und Innovation einer Coordinated Market Economy wie Deutschland eine zentrale Rolle spielen. Diese These hat sich in den Jahren seit Erscheinen des Aufsatzes bestätigt.

Gerade Mitbestimmung, Tarifverträge und Gewerkschaften trugen einen wichtigen Teil zum Erhalt der Industrieanteile in Deutschland sowie zum wirtschaftlichen Erfolg der deutschen Industriestandorte bei. Umso unverständlicher erscheint der derzeitige anti-gewerkschaftliche Kurs der in den Troika-Memoranden und den Instrumenten der sogenannten „European Economic Governance“ seinen Höhepunkt gefunden hat. Die Liste der Verwerfungen europäischer ‚De-Kollektivierungspolitik‘ ist lang⁸ und beschämend für ein Europa, das seine größten sozialen Errungenschaften den Gewerkschaften in Europa zu verdanken hat. Und die EU scheint auch weiterhin auf diesem Irrweg verbleiben zu wollen: Die Pläne im Fünf-Präsidenten-Bericht⁹ zur Schaffung von ‚independent Competitiveness Authorities‘ deuten an, dass der tarifpolitische Interventionismus der EU in Zukunft eher noch an Fahrt gewinnen wird.

Eine Re-Industrialisierung Europas wird es ohne Re-Kollektivierung der industriellen Beziehungen nicht geben. Dazu gehört in erster Linie ein Ende des tarifpolitischen Interventionismus seitens der European Economic Governance.

Dazu gehören aber auch progressive Elemente wie die Neuausrichtung der europäischen Regelungen zur öffentlichen Vergabepolitik. Europäische und mitgliedersstaatliche Vergabepolitik könnte dahingehend gestärkt werden, dass Tarifverträge ein Kriterium zur Vergabe öffentlicher Aufträge bilden. Re-Kollektivierung muss aber in erster Linie

⁷ P. A. Hall and D. Soskice (ed.) (2001): Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford: Oxford University Press.

⁸ T. Schulten and T. Müller (2014): European economic governance and its intervention in national wage development and collective bargaining, in: Lehndorff, S. (ed.), Divisive integration: The triumph of failed ideas in Europe – revisited, Brussels: ETUI, 331-363.

⁹ “These Competitiveness Authorities should be independent entities with a mandate to ‘assess whether wages are evolving in line with productivity and compare with developments in other euro area countries and in the main comparable trading partners’ [...]. In addition, these bodies could be mandated to assess progress made with economic reforms to enhance competitiveness more generally.” European Commission (2015): The Five Presidents' Report: Completing Europe's Economic and Monetary Union, p.7 f.

von den Gewerkschaften vor Ort und aus eigener Stärke erwachsen. Hierzu gilt es in der europäischen Gewerkschaftsbewegung, also in den einzelnen Mitgliedsorganisationen selbst, wieder an Mitgliederstärke zu gewinnen und die politischen Gräben zwischen den Gewerkschaften zu überbrücken. Europa braucht eine starke, einige Gewerkschaftsbewegung mit starkem Rückhalt in den Betrieben und Verwaltungen.

Gewerkschaftliche Handlungsansätze und politische Perspektiven

Hier wurde ein unvollständiges Bild notwendiger Korrekturmaßnahmen europäischer Industriepolitik gezeichnet. In einem umfänglichen Sinne müsste auf die Kohäsionspolitik der EU, auf die Strukturfonds und Förderprogramme (Horizon2020, Connecting Europe, Cosme etc.), auf die Förderpolitik der Europäischen Investitionsbank sowie die Pläne zur Energie- und Kapitalmarktunion eingegangen werden. Die vier Elemente Investitionspolitik, Handelspolitik, Binnenmarkt und kollektive industrielle Beziehungen bilden jedoch die grundlegenden Voraussetzungen, von denen eine Reindustrialisierung Europas im Sinne Guter Industriepolitik ausgehen müsste.

Die IG Metall setzt sich im Rahmen ihrer Arbeit auf europäischer Ebene, mit ihrem Dachverband industriALL Europe und im Dialog mit ihren europäischen Schwestergewerkschaften dafür ein, dass Gute Industriepolitik in Europa eine Perspektive hat. Die deutschen Gewerkschaften sind sich jedoch bewusst, dass insbesondere die deutsche Regierung und ihre austeritätspolitischen Vorgaben dafür mit verantwortlich sind, dass wir uns in Europa in der derzeitigen De-Industrialisierungsphase befinden. Deshalb sind die deutschen Gewerkschaften in besonderer Weise gefragt, die Perspektiven für die europäischen Beschäftigten auch zu einem zentralen Thema im anstehenden Bundestagswahlkampf zu machen.

Bei allen, zumindest aus heutiger Sicht zu befürchtender negativer Folgen, hat das Brexit-Referendum auch gezeigt, dass es Alternativen zum derzeitigen Kurs in der Industrie- und Wirtschaftspolitik in Europa geben muss.

Gerade in der Situation tiefgehender politischer Krisen, in denen vielfach und breit über die Verwerfungen neoliberaler Wirtschaftspolitik¹⁰ diskutiert wird, eröffnet sich ein „Window of opportunity“ zur Diskussion über eine gemeinsame, progressive Re-Industrialisierungsstrategie.

Wir können hierzu in Europa auf einen breiten Konsens vieler progressiver Kräfte aufbauen, wenn wir das Leitbild einer Guten Industriepolitik, das heißt wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen Industrie, nicht aus den Augen verlieren.

Diese Chance sollten wir nutzen!

¹⁰ Ein bemerkenswertes Beispiel aus dem International Monetary Fund: J. D. Ostry, P. Loungani, and D. Furceri (2016): "Neoliberalism: Oversold?" IMF Finance & Development June 2016, p. 38-41.